

Breslauer



Beitrag.

N^o 214.

Sonntag den 4. August

1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten und Fonds-Course.
Paris, den 1. August. Die Generalräthe werden einberufen. Die Redaction des Abenmoniteur wird verändert. In der Legislation wurde die Eisenbahndeckung vergrößert; die Interpellation über die gestrichenen Wähler. Die beantragte Grundsteuererleichterung wurde verworfen.
3% 58. 25. 5% 96. 75.
Frankfurt a. M., den 2. August. Nordbahn 42 1/2. 4 1/2% Metal. 71 1/2. 5% Metal. 81 1/2. Spanier 32 1/2. Badische Loose 32 1/2. Kurhessische Loose 32 1/2. Wien 101 1/2.
Hamburg, den 2. August. Wechselkurse unverändert. Berlin-Hamburg 86. Köln-Minden 95 1/2. Magdeburg-Bitterberge 56 3/4. Nordbahn 39 1/2.
London, den 31. Juli. Consols 96 3/4, 97.

nicht mehr das Unglück anklagen dürfen, daß es die besten Absichten der Regierung vereitelt, sondern diese selbst, daß sie weder die geeigneten Mittel für die Erreichung ihrer Zwecke zu finden noch sich zu entschließen vermöge, die ihren Mitteln angemessenen Zwecke sich vorzusetzen.
Im Großen und Ganzen entscheidet immer der Erfolg über den Werth einer Politik und die schönsten Grundsätze, die eine Regierung proklamirt, die redlichsten Absichten, die sie verfolgen mag, werden sie vor dem Verdammungsurtheil der Geschichte nicht schützen, wenn sie es nicht versteht, diese Grundsätze zur Geltung zu bringen und die Absichten in Thaten umzusetzen. Vergeltens wird sie die Verfolgung eines verfehlten Weges damit entschuldigen, daß es der Weg des Rechtes und der Ehre gewesen, wenn sie sich außer Stande gesetzt hat, Unrecht zu verhindern und Demüthigung und Erniedrigung abzuwehren.
Unsere Regierung wird sich einer Würdigung ihrer deutschen Politik nach Maßgabe des Erfolges um so weniger entziehen können, als der Weg, den sie eingeschlagen hat, von ihr ganz selbstständig betreten wurde und von der Richtung entschieden abwich, nach welcher seiner Zeit die allgemeine Meinung sie zu lenken suchte.

Allen Anschein nach steht Preußen gegenwärtig an dem Wendepunkte einer inhaushaltenden Epoche seiner nationalen Politik, und je zweifelhafter bei jedem weiteren Schritte unserer Regierung die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges geworden ist, desto dringender wird die Aufforderung, einen Blick zurück auf den durchlaufenen Weg und vorwärts nach dem aufgestellten Ziele zu richten, bevor wir in neue Labyrinth dieser Regierung folgen.

Nur ein Zeitraum von etwa sechzehn Monaten ist es, den wir rückblickend zu durchlaufen haben, aber die Fülle an Ereignissen, welche in diesen engen Raum zusammengedrängt sind, macht ihn zu einer der verhängnisvollsten Epochen unserer Geschichte.

Im April des Jahres 1849 kamen die Sendboten der deutschen Nation von Frankfurt nach Berlin. Nichts weniger als eine Kaiserkrone legten sie dem Hause Hohenzollern zu Füßen. Ganz Deutschland wartete zitternd der Entscheidung unserer Regierung, ganz Deutschland fast ohne Unterscheid der Parteien mahnte zum muthigen Erfassen des überaus günstigen Augenblicks. Die preussische Regierung aber wählte ihren Standpunkt außerhalb des Stromes der allgemeinen Meinung und schickte die Senbinger der Nation mit dem verschmähten kostbaren Geschenke stolz zurück. Von diesem Augenblicke an beginnt die selbstständige deutsche Politik Preußens, bezogen auf die Verantwortlichkeit unserer Regierung gegenüber der Nation, deren Aufgabe sie zu lösen übernahm, gegenüber der Geschichte, welcher neue Bahnen anzuweisen sie stark und sicher genug sich fühlte.

In wenig Tagen vielleicht werden wieder Sendboten von Frankfurt in Berlin erscheinen, aber nicht mehr im Namen der deutschen Nation, sondern im Auftrage einer anmaßenden und eifersüchtigen Regierung, nicht mehr, um bescheiden zu bitten, sondern um drohend zu fordern, nicht mehr um das Haus der Hohenzollern auf den erhabenen Thron eines mächtigen Reiches einzuladen, und ihm das Scepter in die Hand zu drücken, sondern ihm den zweiten Platz in einer Verfassung anzuweisen, welche mit dem Glücke der Nation beladen ist und die Verwirklichung der Schmach und Erniedrigung Deutschlands bedeutet. Was zwischen jener ersten Sendung aus Frankfurt und der neuen Botshaft liegt, die wir jetzt von dort erwarten, das ist der Erfolg der preussisch-deutschen Politik, das ist es, was unsere Regierung sich vindiciren darf und — zu verantworten hat. Sie allein hat die neue Bahn gebrochen, hat den neuen Gang geleitet, nach ihrem eigenen Sinne geleitet und sich von ihrem Wege durch feinerlei Rath und Widerspruch von unserer Seite ablenken lassen. Wir sind ihr nur gefolgt auf ihrem Wege, weil alle gesetzlichen Mittel erschöpft waren, um Preußen auf einem andern Wege seinem Verufe entgegenzuführen. Wie sind ihr gefolgt, bald mit Freudigkeit und Hoffnung, bald mit Widerstreben und Resignation, immer aber mit Ausdauer und Hingebung an die nationale Sache, welche stets die unsere war, häufig auch die der preussischen Regierung zu sein schien.

Wir sind ihr gefolgt durch alle die zahllosen Schwankungen ihrer Irrfahrt, aber wir haben sie nie in Ungewissheit gelassen über unser Ziel, über die Wege, welche uns denselben näher zu führen schienen und haben zu keinem jener Schritte unglücklicher Zaghaftigkeit geschwiegen, welche von dem Tage an, wo die Kaiserdeputation Preußens Hauptstadt den Rücken kehren mußte, bis heute den Gang der preussischen Politik bezeichnet haben.

Die Regierung aber hat unser Rath kraft ihrer höhern Einsicht immer zurückgewiesen, sie hat darin die Rettung gefunden, wo wir nur die Gefahr sahen, und mit einer gewissen Selbstgenügsamkeit durch ihre Organe es verhindern lassen, daß die deutsche Politik der sogenannten deutschen Partei nicht die ihrige sei. Sie hat unserer „Doktrin“ gegenüber sich auf ihre politische Einsicht berufen. Nun wohl, unsere Doktrin hat sich nicht bewähren können, Dank der praktischen Politik unserer Regierung. Dafür haben wir aber auch die Lage nicht zu verantworten, in welche Preußen durch die praktische Weisheit seiner Staatemänner gebracht, und das Deficit nicht zu vertreten, welches das Preußen vom August 1850 gegenüber dem Preußen vom April 1849 aufweist.

Damals hatte die Nation mit einer seltenen Eintheiligkeit auf Preußens Ruf. Damals waren die tiefgewurzelten Stammes-Entpöthungen vor dem großen Gedanken der nationalen Einigung durch Preußen fast zurückgetreten und alle Hoffnungen auf Preußen und auf Preußen allein gerichtet. Damals wagte keine der kleinen und großen deutschen Dynastien Preußen den ersten Platz offen freitig zu machen, und selbst der erbitterteste persönliche Gegner des hohenzollernschen Königshauses mußte sich beugen vor dem Hohenzollern. Damals war Preußen faktisch die erste Macht in Deutschland und hatte die Gestalt des Vaterlandes in seiner Hand.

Heute ist jene großartige Sympathie einer ganzen Nation zusammengeschrumpft auf die zweideutige Anhänglichkeit einiger schwabbedürftigen kleinen Fürsten. Die Nation aber hat sich in hoffnungsloser Gleichgültigkeit abgewandt von den ohnmächtigen Notizen der preussischen Staats-

männer, von den unfruchtbaren Beratungen in einem provisorischen Fürstencollegium, in welchem Niemand mehr das Symbol deutscher Einheit zu finden sich überreden konnte. Heute darf die Regierung des winzigsten Kleinstaates Preußen hofmeistern, und von den vertragmäßigen Pflichten gegen dasselbe sich lösen. Heute muß Preußen, dem es einst freistand, über Deutschland zu herrschen, sich eine Prälatenliste stellen lassen für die Wahl, entweder geordnet dem Fürsten Schwarzenberg in dem Kollegium zu Frankfurt seinem Rechte, seinem Verufe und seiner Geschichte feierlich abzuschwören oder aus Deutschland hinauszuwerfen zu werden.

Es macht uns wahrlich keine Freude, bei diesem Bilde unserer Erniedrigung zu verweilen. Nicht nur, weil wir Preußen aus Hören, schmerzt uns die Geringschätzung, in welche es in den Augen nicht nur von Deutschland, sondern von ganz Europa versetzt ist. Auch weil wir Deutschland frei und groß sehen möchten, und weil wir trotz seines tiefen Falles in Preußen immer noch den Rettungsanker in dem Schiffsbruche erblicken, welchem Deutschland entgegengeht, betrübte uns seine traurige Schwäche.

Wir werden Preußen nicht aufgeben, auch wenn die herrschende Politik es noch tiefer herabdrücken sollte, wir werden treu ausharren, auch wenn für zweifelhafte und geringe Erfolge jetzt Opfer gefordert werden sollten, mit denen wir rechten Zeit gebracht, das Herrliche sich hätte erheben lassen.
Aber wir können es uns auch nicht verhehlen, daß die bisherige Politik unserer Regierung vollständig gescheitert ist, und wenn überhaupt noch eine Rettung aus unserer Erniedrigung möglich sein soll, ein neuer Geist die erschöpfenden Glieder des Staates belebend durchdringen muß. Wir sind elend geworden durch die Politik der Rücksichten, des Zauderns, der Halbheit und der Widersprüche. Wir werden uns nicht eher aufrichten, als bis das Gefühl unserer Demüthigung mit seiner ganzen bitteren Schärfe uns erfüllt und durchdrungen hat, und wir aus Scham und Zorn zu einer Politik der Entschlossenheit zurückgekehrt sind, welche zwar jetzt zu spät kommen dürfte, um uns die verlorene Macht, nicht aber zu spät, um uns die verminderte Achtung wieder zu gewinnen.

Preußen.

Berlin, 2. August. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Staats-Minister Flottwell zum Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg, den Staats-Minister v. Duesberg, welcher vorläufig zugleich die Funktionen des Vorsitzenden des Schiedsgerichts der Union beibehält, zum Ober-Präsidenten der Provinz Westfalen, den Ober-Präsidenten v. Kuerswald zum Ober-Präsidenten der Rhein- und Provinz, den Ober-Präsidenten Eichmann zum Ober-Präsidenten der Provinz Preußen, den Ober-Präsidenten v. Bonin zu Magdeburg an Stelle des auf sein Ansuchen aus dem Staatsdienste entlassenen Ober-Präsidenten v. Beumann zum Ober-Präsidenten der Provinz Posen und den bisherigen Regierungs-Präsidenten v. Wiegelen zum Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen zu ernennen. (St.-Anz.)

Berlin, 2. August. [Die Krisis zwischen Preußen und Oesterreich] ist ihrer letzten Entscheidung nahe. Graf Thun wird als Ultimatum in diesen Tagen noch eine Auforderung dem Frankfurter Plenum beizubringen der hiesigen Regierung überlassen, deren Antwort ohne Zweifel ablehnend ausfallen wird. Die Herren in Frankfurt beabsichtigen gleichzeitig an das Bundes-Archiv und die Bundeskasse Hand anzulegen, welche letztere zum guten Theil mit preussischen Wärfelular-Beiträgen gefüllt ist. Diesem Falle hat Herr v. Peucker den gemessenen Befehl, mit allen Mitteln vorzubeugen. Der Gedanke eines entscheidenden Kampfes mit Oesterreich ist in der ganzen Regierungs-Sphäre heimlich geworden; in der vorigen Woche verlangte der Kriegs-Minister bereits die Mobilmachung der ganzen preussischen Armee; man hat sich aber, um eine so ungeheure Ausgabe zu vermeiden, damit begnügt, die Bundesbesetzung Mainz durch das Corps in Weimar zu decken, übrigens aber sich so eingerichtet, daß die gesammte Armee in 8 Tagen auf dem Platze sein kann. Trotz alledem bleibt der Krieg immer noch sehr zweifelhaft, weil Oesterreich nicht sowohl rüstet, als mit Worten herausfordert; die Fieber seiner Diplomaten sind fruchtbar in Mänteln gegen Preußen, während sein Schwert fest in der Scheide ruht; ein Angriff auf das Bundesvermögen in Frankfurt wird gewiß unterbleiben, sobald es sieht, daß Preußen es mit seiner Armee vertheiligen wird. Etwas Anderes wäre es, wenn Preußen den Herzogthümern beistünde, in welchem Falle sich Oesterreich ohne Zweifel auf die schnellste gestärkte preussische Armee in Baden werfen würde. Einmalen hat es seine Freude daran, die Regierung in Berlin athemlos zu erhalten und zu kesselfelligen Klüftungen zu verlocken. — Gleichzeitig tritt sein wahres Verhalten in der dänischen Frage unvortheilhaft hervor. Anfangs stellte sich der österreichische Gesandte in London, Herr v. Koller neben Herrn Bunsen gegen das Londoner Protokoll, jetzt hat er die entgegengesetzte Weisung erhalten, sich für die Gemeinschaft der Thronfolge in den Herzogthümern zu erklären; ja Hr. v. Koller hat sogar so naiv, gegen unseren Minister in Remnitz gesetzt, zu bemerken, daß Preußen in Bezug auf die Thronfolge eben so denke, wobei er einen Artikel des dänischen Entwurfs citirte, der, wie alle Welt, mit Ausnahme des österreichischen Gesandten, weiß, von preussischer Seite verworfen wurde. Inzwischen hat auch Bunsen in London mit Lord Palmerston in derselben Angelegenheit einen sehr heftigen Notenwechsel, wobei es von englischer Seite an Derbheiten und „Feuerbränden“ nicht fehlt. Englands unveränderliche Feindschaft gegen die Herzogthümer war auch zwischen den Herrn v. Manteuffel und Heinrich v. Gagern Gegenstand des Gesprächs und wurde von dem ersteren als eines der Haupt-Hindernisse für die Lösung der Schleswig-Holsteinschen Wirren im Sinne der nationalen Partei bezeichnet.

[Die Unterredung Gagerns mit Radowicz.] Ueber den Inhalt der vorgelesenen H. v. Gagern und Herrn v. Radowicz in Sanssouci stattgehabten Unterredung, die sich insbesondere auf die deutschen Verhältnisse bezog, wird dem C. B. eine Mittheilung gemacht, deren Zuverlässigkeit zu bezwe-

fel ihm keinerlei Grund vorliegt. — Begreiflicherweise war die jetzige Lage der Unions-Angelegenheiten der hauptsächlichste Gegenstand jener Unterredung, und hierbei soll Herr v. Radowicz geäußert haben: „wolle man nicht, daß die vor dem März 1848 bestandenen Bundesinstitutionen wieder in Kraft treten, so sei es nöthig, daß man der deutschen Gefinnung Friedrich Wilhelms IV. und seinen (v. Radowicz's) Rathschlägen und Ansichten ganz vertraue, daß namentlich aber die Partei Gagerns sich jeder selbstständigen Thätigkeit auf dem Gebiete der deutschen Politik enthalte.“ — Ein solches Verlangen, wie es hier ausgesprochen, dürfte schwerlich von jener Partei, die im Parlamente die Majorität hatte, erfüllt werden, und so sieht man hier in vielen Kreisen, die sich vorzugsweise für jene Frage interessieren, die Verwirklichung der Union durch die Politik des Herrn v. Radowicz als unmöglich an. Ja man beschäftigt sich hier bereits ernstlich mit der Frage, ob unter den einmal gegebenen Verhältnissen es nicht das Rathsamste sei, den „engeren Rath“ in Frankfurt zu beschließen, um so mehr, wenn auswärtige Mächte denselben als Plebiscitum anerkennen und mit ihm in offiziellen Verlehen treten sollten? — Herr v. Gagern hat übrigens nicht, wie wir berichteten, mit Herrn v. Schleinitz konferirt. Mit dem heutigen Frühzuge ist derselbe nach Hamburg abgereist. — An diese Mittheilungen knüpft das C. B. folgende Bemerkung: „Die letzten Ereignisse stellen im Wesentlichen Alles in Frage. Die Politik des Herrn v. Radowicz prädominirt in Preußen, und während der Kriegsminister v. Stöckhausen um deshalb als Abgeordneter für die zweite Kammer aus der Wahlurne hervorgeht, weil er (gegenwärtig) als treuer Anhänger einer kräftigen deutschen Politik bekannt ist, steht die ganze bisherige preussische Politik auf dem Spiel.“

Berlin, 2. August. [Der Handelsvertrag mit Belgien. — Koalition gegen die handelspolitischen Prinzipien des Ministeriums. — Vermischte Nachrichten.] Je ungünstiger die Aussichten für eine Durchsetzung der preussischen Absichten auf der Kaiserlichen Zollkonferenz werden, je mehr scheint man hier geneigt, billigen Vorschlägen der einzelnen Staaten, mit denen man über Handelsverhältnisse in Unterhandlungen steht, Gehör zu schenken. So wird uns namentlich heute versichert, daß die Verhandlungen wegen Erneuerung des mit dem 31. December d. Jahres ablaufenden Handelsvertrages mit Belgien durch ein gegenseitiges Entgegenkommen gegenwärtig eine so günstige Wendung nehmen, daß das Zustandekommen einer Einigung sehr an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Wir sind über die Details dieser neuen Wendung bis jetzt noch nicht unterrichtet, hoffen aber bald weitere Mittheilungen machen zu können. — Die Richtung, welche in jüngster Zeit seitens unseres Ministeriums in handelspolitischer Beziehung eingeschlagen worden ist, bekundet sich im Augenblicke hier auch noch in einer andern Form, nämlich in der lebhaftesten Thätigkeit, welche von der entgegengesetzten Seite, der Freihandels-Partei, entwickelt wird. Bekanntlich hatte diese Partei hier schon seit längerer Zeit ganz gemeinsame Sache mit den demokratischen Bestrebungen gemacht, wie es unter Anderem kein Geheimniß ist, daß das entschiedenste demokratische Organ, „die Abendpost“, während der ganzen letzten Zeit ihres Bestehens fast nur aus den Mitteln der Freihandelspartei erhalten wurde. Dr. Faucher, einer der befähigtesten Vorkämpfer dieser letzterwähnten Partei, führte ja sogar am Schlusse allein die Redaction. Die Leiter dieser Bewegung, wie Princes-Smitz, Faucher etc., sollen jetzt mit der Absicht, ein großes eigenes Parteiprogramm zu gründen, umgehen. Mit diesem Gegnern des gegenwärtig vom Ministerium vertretenen handelspolitischen Prinzips arbeiten gegen dasselbe einerseits die mächtig geflügelten englischen Intriguen (wir erwähnten in dieser Beziehung bereits jüngst der umfangreichen Thätigkeit des General-Konsuls Ward), ebenso die österreichischen, auf eine Sprengung des Zollvereins hinausgehenden Bestrebungen, welche in den Anträgen Casafens und Balerna auf der Kaiserlichen Zollkonferenz ihre Vertretung finden, endlich die Bemühungen Belgiens gegen einzelne spezielle Punkte, wie die Eisen- und Linnemoll-Bezüge, für welche der Kommerzien-Rath sehr wirkt. Alle diese einzelnen Momente sind nicht zu überschauen! — Ueber den Unfall, welcher neulich den Prinzen von Preußen betraf, hören wir heute folgende Details: Der Prinz nahm bei Potsdam ein Kavallerie-Mandier im Auftrage des Königs ab, und ritt dabei ein ihm fremdes Pferd aus dem königlichen Marckall. Bei einem schnellen Trabe stürzte dasselbe mit dem Prinzen, so daß dieser mit dem Kopf gegen die Erde fiel. Da er jedoch den Militär-Helm trug, litt er von diesem Stöße nur unbedeutend, und wurde nur an der linken Wade geschnitten. Er brach zwar das Mandier sofort ab und begab sich nach Hause, hat jedoch keinerlei bleibenden Schaden davon getragen. Der Prinz war gestern schon wieder hierher nach Berlin gekommen. (Unser geistige Noth, daß der Unfall bei einem Spaziergange stattfand, berichtete sich hiernach.) — Wir hören heute, daß die dem längeren Aufenthalte des Prinzen Friedrich Karl in Petersburg zu Grunde liegende Absicht auf eine Vermählung desselben mit der ältesten Tochter des verstorbenen Großfürsten Michael hinausginge. Es soll jedoch, so wird hinzugefügt, auf beiden Seiten eine Neigung sich im weiteren Verlaufe nicht bekundet haben und deshalb von der Verbindung abgesehen sein. Gegenwärtig nennt man nun, wie bereits von anderer Seite berichtet, den Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz als den, der erwähnten Großfürstin bestimmten Gemahl. — Der durch seine staatswissenschaftlichen Schriften über die Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein berühmte Kieler Professor Samwer ist im Augenblicke hier anwesend. Er hatte gestern eine Audienz bei dem Minister v. Manteuffel, über welche bis jetzt im Publikum Genaueres jedoch noch nicht verlautet. — Wie haben bestimmte Ursachen, darauf hinzuweisen, daß die Nachricht von der angeblich jetzt feststehenden Erhebung des Grafen Wrede in Wien durch den hiesigen russischen Gesandten, Baron v. Meyendorff, noch immer mit Vorsicht aufzunehmen ist. Wir erinnerten bereits früher daran, daß Baron v. Meyendorff zwar gern nach Wien gehe, gewisser dortiger Familien-Verbindungen halber; daß darüber aber schon irgend etwas feststehe, wird uns hier aus besserer Quelle verneint. — Offenbar in beabsichtigter Absicht sind in letzter Zeit hier mehrmals Briefe zur Post gegeben worden mit der Adresse „an den königlich preussischen“

franko an mich oder an Herr, wist.
in Breslau, Junkernstr. erfah. Mann,
welchem auch Näher. Saugstadt N. Schl.
vinder in 7

